

„DIE ZEIT LASTET AUCH AUF UNS...“
Zusatz zur Geschichte des politischen Katholizismus der Reformzeit

Die in der Arbeit mitgeteilte Quelle (das über die Beratung der auf der ersten Tafel der Landesversammlung der Stände vertretenen Gesandten der Kapitel am 27. Oktober 1844 angefertigte Protokoll) ist ein wichtiger Zusatz zur in Arbeit befindlichen, zusammenfassenden Studie des Autors, die sich mit der – zum großen Teil unaufgeschlossenen – Vorgeschichte der politischen Tätigkeit der katholischen Kirche im Reformzeitalter beschäftigt.

In an die Mitteilung der Quelle geknüpften, am ehesten thesenartigen einführenden Gedanken faßt der Autor die mit der politischen Tätigkeit der katholischen Kirche in Verbindung stehenden wichtigsten Kenntnisse im angezeigten Zeitraum zusammen. Die ungarische Geschichtsschreibung pflegt das einheimische Auftreten des politischen Katholizismus am ehesten mit den in den 1890er Jahren erscheinenden kirchenpolitischen Gesetzen und mit den Vorarbeiten für diese in Zusammenhang zu bringen. Nach unseren Beobachtungen kann jedoch bereits in den letzten Jahren der Reformzeit (1844–1848) im öffentlichen Leben die Tendenz ausgewiesen werden, daß die führenden Persönlichkeiten der katholischen Kirche das gesellschaftliche Gewicht des Katholizismus unter Ausnutzung parteiähnlicher Rahmen gegenüber liberalen kirchenpolitischen Vorstellungen in eine moderne Form bringen wollten, daß ihre Machtpositionen zu bewahren berufene Bestrebungen stattfanden. Allgemein kann gesagt werden, daß die in den Diskussionen der Kirchenpolitik des Reformzeitalters verlauteten Argumente, sich gegeneinander richtenden Bestrebungen auffallende Ähnlichkeiten mit den Jahren nach 1890 zeigen, mit denen in den Zeiten des ungarischen „Kulturkampfes“ zu beobachten sind.

Die katholische Kirche mußte in drei aufeinanderfolgenden, sogenannten Reform-Landesversammlungen (1832–36, 1839–40 und 1843–44) einen sich steigernden Mißerfolg erfahren, im Laufe dessen sie erkennen mußte, daß sich in den im Zusammenhang mit der Erziehung der in gemischten Ehen zur Welt kommenden Kinder entfaltenden kirchenpolitischen Diskussionen die „Frontlinie“ nicht mehr zwischen Protestanten und Katholiken, sondern zwischen dem katholischen Klerus und der liberalen Opposition verläuft. (Zahlreiche prominente Vertreter der Reformer waren gläubige Katholiken, so István Széchenyi, Ferenc Deák, Ödön Beöthy usw.) Den größten Mißerfolg bedeutete für die Pfarrerschaft die nach leidenschaftlichen Diskussionen, Händeln und Verhandlungen erfolgte Bestätigung des Gesetzartikel 1844/III. in dem die Reibereien zwischen Protestanten und Katholiken auf in Richtung der bürgerlichen Gleichheit weisende Art geordnet worden sind. Die Führung der katholischen Kirche wollte weder auf die Privilegien der Kirche (auf die Position der vorherrschenden Kirche, den Protestanten gegenüber bestehende Vorrechte usw.), noch auf den Rang des feudalen Großgrundbesitzers (beziehungsweise auf ihre Großgrundbesitzer) verzichten, weshalb sie mit der Einführung einer solchen politischen Bewegung begann, von der sie sich die Vertretung ihrer Interessen im öffentlichen Leben der Komitate, beziehungsweise in der folgenden Landesversammlung der Stände erhoffte.

Als Einleitung der Bewegung ist auch die im Laufe der Beratungen der Kirche vom Herbst 1844 (des Episkopates, beziehungsweise viel mehr der der im öffentlichen

Leben viel aktiveren Abgesandten der Kapitel) besonders bedeutende, erwähnte Sitzung vom 27. Oktober, und zwar gleich von zwei Gesichtspunkten her. In den die Verlautbarungen fixierenden Dokumenten unterbreiten wir einesteils kurz und in Punkte gegliedert (in „kristallklarer“ Form) die ideologische Grundlage der öffentlichen Strategie des politischen Katholizismus, andernteils die konkreten, auf die Verwirklichung der Aufgaben des Reformzeitalters zielenden Vorstellungen der Kirche. Was ersteres betrifft, geht auch aus dem Protokoll hervor, daß die Kirche in ihrer Gesamtheit die liberale Reformpolitik der Opposition scharf zurückgewiesen hat, weil sie darin glaubte grundlegend gegen die Kirche gerichtete, antiklerikale Tendenzen zu entdecken, deren unverhülltes Ziel die Vernichtung der katholischen Kirche oder zumindest ihre Verdrängung in den Hintergrund ist. (Siehe z. B. „Was in der Landesversammlung zur Debatte stand und von der Opposition unterstützt wurde, wenn das wirklich zu einem Beschluß der Landesversammlung wird, was wir in Anbetracht unserer gegenwärtigen politischen Lage nicht als eben unmöglich ansehen, wird das den Klerus in Gefahr bringen und die politischen Rechte der katholischen Kirche zerstören, unsere gegenwärtige Lage genauso verschlechtern, wie das schon in anderen katholischen Ländern [...] geschehen ist. So ist es, – der ernste Fingerzeig der Zeit hat uns zu diesem Schritt gebracht, unsere Gedanken haben sich aus dem Gefühl unseres schmerzenden Herzens ergeben.“ usw.) Die konkreten Aktivitäten betreffend wurde auf folgendes gedrungen:

– Man wollte die gesteigerte Teilnahme kirchlicher Personen (der Mitglieder des Episkopates, der Kapitel, sogar des unteren Priestertums) am öffentlichen Leben, in erster Linie an den Komitatsversammlungen, dort die Vertretung des Standpunktes der Kirche, die Gewinnung des weltlichen Adels erreichen.

– Die Forderungen des sich modernisierenden öffentlichen Lebens wurden erkannt, die wichtige politische Rolle des Informationsflusses, weshalb man die institutionalisierte und schnelle Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den ins politische Leben eingeschalteten kirchlichen Personen betrieb.

– Aus ähnlichen Erwägungen erkannte man die außerordentliche Rolle der Presse für die Formung der öffentlichen Meinung, weshalb man sich für die Herstellung von den Standpunkt der Kirche popularisierenden, sich an historischen Argumenten orientierenden Tageszeitungen, Zeitschriften und Flugblättern, die kräftige materielle und ideelle Unterstützung der vorhandenen entschieden hat. (Später führte das auch zur Schaffung des Vorläufers der heutigen Gesellschaft des Heiligen Stephans, weiterhin sind in den darauffolgenden Jahren tatsächlich zahlreiche Presseartikel und Flugschriften in dieser Richtung erschienen.)

– Man wünschte den Grad des katholischen Charakters der Bildung zu erhöhen, das gesellschaftliche Gewicht der kirchlichen Einrichtungen, weil diesen entscheidende Bedeutung für die Herausbildung der „entsprechenden“ politischen Ansichten der heranwachsenden Generationen beigemessen wurde.

– Als wichtigste konkrete Zielstellung wurde die Wiederherstellung des den Gesandten der Kapitel 1825 entzogenen Stimmrechts der Landesversammlung der Stände betrachtet, weshalb man wollte, daß dies in den Diskussionen des politischen Lebens mit der den freien königlichen Städten das Stimmrecht zu gebenden Bewegung verbunden wird.

Auf Grund des Inhalts des Dokuments können zahlreiche weitere Lehren aus der sich 1846–47 formenden Verbindungsaufnahme zwischen der katholischen Kirche und der konservativen Partei und ihrer Interessengemeinschaft festgestellt werden.

Csaba Fazekas